

Fraktionserklärung der Grünliberalen

Kantonsratssitzung vom Montag 17. August 2015



Frau Ratspräsidentin, verehrte Anwesende,

ich verlese ihnen eine Fraktionserklärung der Grünliberalen Partei zum Thema der Spionagesoftware Galileo

Vor einiger Zeit machte sich Angela Merkel mit der Aussage „Das Internet sei für uns Neuland“ zum Gespött. Der Begriff Neuland wurde zu einem stehenden Ausdruck. Stolz meinte jeder von uns, er wisse was das Internet ist. Leider müssen wir feststellen, dass Frau Merkel mehr Recht hatte als es uns lieb ist.

Dass der Staat sich die neuen Möglichkeiten der IT zu nutzen macht ist logisch, klar und richtig. Das gilt natürlich auch für die Polizei, Gerichte und Strafverfolgung. Aber nicht alles was möglich ist, ist auch richtig. Die Fähigkeit etwas zu tun, ist keine Begründung es auch zu tun. Und genau hier ist der Kanton sträflich in die Falle getappt. Berauscht von den neuen Möglichkeiten hat er für eine halbe Million Franken eine Software gekauft, die ihm neue bisher unbekannte Möglichkeiten gab. Mit dieser *Galileo* genannten Software kann man Computer von Privaten und Unternehmen ausspionieren, entschuldigen Sie, bei Verdächtigen Ermittlungen anstellen. Nur, hat die Ermittlungsbehörden dieses Tool im Griff, weiss sie die Geister die sie rief, auch zu beherrschen? Nein, es ist die Software eines Drittanbieters aus einem zwar befreundeten aber doch einem anderen Staat. Und zu den Käufern dieses Produktes gehören Staaten, die bestenfalls einen zweifelhaften Ruf haben. Und es kommt noch schlimmer. Die Software hat eine Hintertür, die es den Entwicklern erlaubt, ebenfalls Zugriff und Kontrolle über die infizierten Computer zu erlangen. Die Geister die ich rief. Haben Beweise, die mit dieser Software gefunden wurden, somit überhaupt noch Beweiskraft?

Man kann es nicht anders sagen: Das Vorgehen des Kantons in diesem Thema ist peinlich, staatspolitisch ein Debakel. Aus Gier nach Macht über andere, hat man sich anderen ausgeliefert. Wir fordern den Regierungsrat und alle Beteiligten auf, wieder auf den Weg des Rechtsstaates zurück zu kommen. Und nicht zu Letzt fordern wir die Regierung auf, zumindest die entsprechenden Kommissionen im Kantonsrat über solche neuen Methoden zu informieren, noch besser den Rat und die Öffentlichkeit. Transparenz ist eine der besten Methoden um in Neuland nicht auf die Schnauze zu fallen.

Grünliberale Fraktion Kanton Zürich, verlesen von Jörg Mäder